

Tafelrunde am 20. November 2009  
Bürgerzentrum West, Stuttgart

## PROTOKOLL

Folgende Themen wurden angesprochen und diskutiert, d.h. diese wurden als besonders wichtig erachtet und sollten weiterverfolgt werden. Unser Gast Vittorio Lazaridis (Gemeinderat in Stuttgart, Mitglied im Schulbeirat, Sonderschulrektor) gab Auskunft zu vielen Fragen und diskutierte engagiert mit.

### 1. Gesamtschulen/Integrationsschulen

Warum setzen sich Gesamtschulen nicht durch, obwohl sie gut sind sowohl für Migrantenkinder als auch für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen? In anderen Ländern werden die Kinder durch die Schulen viel besser unterstützt und gefördert.

Entwicklungspsychologisch sind Durchhänger bei den Kindern/Jugendlichen vorprogrammiert, und dies sollte auch möglich sein, ohne dass die gesamte Bildungsbiographie durcheinander gerät. Berlin hat gute Erfolge mit Integrationsschulen (z.B. der Erika-Mann-Schule), da dort mehr Förderung von Lernschwachen möglich ist (6 gemeinsame Jahre).

**Situation in Stuttgart:** Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen und zielgerichteter Förderung besteht, aber es existiert ein Spannungsfeld, da Bildung immer noch Ländersache ist. Zudem ist die gymnasiale Lobby sehr stark, die sich gegen Integration ausspricht und lieber unter sich bleiben will, d.h. gar keinen Wert darauf legt, dass Kinder außerhalb der Gymnasien besonders gefördert werden und damit die Chance zum Aufstieg erhalten. Stuttgart möchte als Landeshauptstadt mehr mitsprechen beim Thema Bildung und muckt auf gegen das Land. Bildung darf nicht dem Land überlassen werden, da sonst alles über einen Kamm geschoren wird. Das funktioniert aber nicht, da es große Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt, denen Rechnung getragen werden muss. **Geplanter Modellversuch** in Bad Cannstatt (Neckarpark): 6 gemeinsame Schuljahre in einer neuen Schule im neuen Wohngebiet, Bildung als Standortfaktor wichtig. Dieser Versuch wird sogar von der Schulbürgermeisterin (CDU) vorangetrieben.

### 2. Gebäude: Ausstattung

Die Schulstruktur ist Ländersache, aber Stuttgart bleibt in seiner Verantwortlichkeit hinter den Möglichkeiten zurück, d.h. bessere Schulausstattungen sind dringend nötig (siehe Renovierungsstau). Vittorio Lazaridis möchte **keine geteilte Verantwortung** mehr, sondern lieber alles aus einer Hand. 100-120 Mio sind von SPD/Grünen für die Schulhaussanierungen in Stuttgart beantragt, aber die Gegenfinanzierung ist dabei wichtig. Gesicherte Zurückzahlung in den kommenden 10 Jahren. CDU

in Gestalt des Finanzbürgermeisters Föll will der neuen Mehrheit den Triumph nicht gönnen, dass sie trotz der wirtschaftlichen Krise die Schulhaussanierungen in die Hand nimmt, und mauert heftig bei der Bewilligung der Gelder.

Die Kommune müsste heftiger und entschiedener **Einspruch** erheben **gegen Pseudoreformen** wie neue WRS oder sich deutlich für eine integrative Schule aussprechen. Eine Verzahnung der kommunalen mit der Landespolitik wäre gerade beim Thema Schule sehr sinnvoll, also keine Trennung zwischen Hardware = Gebäude (Verantwortung bei den Kommunen) und Software = Personal (Verantwortung beim Land), aber bisher ist da noch kein Land in Sicht.

### 3. **Bildungspartnerschaft**

Eine Bildungspartnerschaft bezieht alle Akteure mit ein. In Stuttgart gibt es dazu ansatzweise Versuche, kann die Stadt so etwas leisten?

Vorschlag eines Ideenpools durch andere Beteiligte.

Gefordert wird auch eine breite Vernetzung zwischen Schülern, Lehrern und Eltern.

### 4. **Lehrerweiterbildungspflicht**

Die Lehrerweiterbildung ist außerordentlich wichtig, im pädagogischen Bereich herrscht viel zu viel Druck. Viele Eltern wandern aus verschiedenen Gründen an alternative Privatschulen ab. Die staatlichen Schulen dürfen jedoch wegen der staatlichen Unterstützung der Privatschulen nicht zu kurz kommen, d.h. alle Kinder haben das gleiche Recht auf Bildung, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Wichtig wäre auch, mehr Migranten zum Lehrerberuf zu motivieren, die somit Vorbild für andere Migrantenkinder würden und auch an den einzelnen Schulen mit vielen Migrantenkindern oft mehr erreichen könnten als deutsche Lehrer. Diese Lehrer können über schulscharfe Ausschreibungen auch explizit angefordert werden.

Schulpädagogische Assistenten sind oft ausgebildete Lehrer, die zum halben Preis eingestellt werden. Auch das ist also eine Mogelpackung.

Manchmal sind Leute von außen wie Sozialpädagogen, Psychologen etc. deutlich besser, als wenn Lehrer alles alleine machen müssen. Vorgabe ans Jugendamt, ähnliche Strukturen aufzubauen wie in Hamburg.

### 5. **Schulstruktur verändern**

Kann die Stadt die Schulstruktur verändern? Ja, indem sie Anträge für Modellprojekte stellt.

Vittorio Lazaridis: „Die Schulstrukturdebatte ist nicht das Wichtigste für mich, denn die Gymnasien und die betroffenen Schüler und Eltern wissen sich zu helfen. Kinder aus bildungsärmeren Schichten sind wichtiger, da sie überhaupt keine Lobby haben.“ Die Bildungschancen in Stuttgart lassen sich klar einzelnen Stadtteilen zuordnen. Interessant ist das Hamburger Hauptschulmodell, das eine enge Verzahnung mit der Wirtschaft betreibt. Die große Schwierigkeit der Hauptschüler, in die Berufe zu kommen, resultiert

auch daraus, dass die Hauptschüler bei ihrem Abschluss viel zu jung sind. Wegen Jugendschutzbestimmungen nimmt die Gastronomiebranche z.B. keinen unter 16 Jahren. Dies gilt auch für andere Bereiche.

Mit jedem Jahr werden die bestehenden Verhältnisse reproduziert und gefestigt, so dass eine Veränderung des Schulsystems dringend notwendig ist. Benachteiligte können sich nicht selbst helfen, sondern das müssen andere für sie anstoßen.

Die Verhältnisse sind an Hauptschulen noch deutlich schlechter als an den Realschulen und Gymnasien. Die soziale Selektion bereits in der Grundschule sorgt für viel Frust. Migrantenkinder sind oft in Mathematik sehr gut, werden aber wegen einer schlechten Deutschnote in die Hauptschule abgeschoben, dies vermehrt den Frust. Deshalb sind pädagogische Verbände (Kita und Grundschule) sehr wichtig, um die katastrophale frühe Selektion möglichst zu vermeiden.

#### **6. Integrative Schule günstiger als gliedriges System**

Eine Schule für alle würde laut einer Studie von Bertelsmann und anderen Forschungen deutlich weniger kosten als das gliedrige System.

Schulen müssen ein ordentliches Budget von den Kommunen erhalten, mit dem sie eigenverantwortlich arbeiten können. Vorschlag eines zweigliedrigen Modells: 1. fester finanzieller Betrag, 2. flexibler Betrag, z.B. über Projekte, als Zusatzfinanzierung.

Wunsch an Herrn Lazaridis, das er künftig als Bindeglied zwischen Eltern (GEB, SCHULE MIT ZUKUNFT) und Gemeinderat fungiert und eventuell eine entsprechende Bildungspartnerschaft zwischen Politikern, Eltern, Lehrern und Schülern anregt, damit man Probleme/Wünsche etc. mit allen Beteiligten erörtern kann.

30.11.2009

Katharina Georgi-Hellriegel

